

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 57.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 17. Mai 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die vierspaltige
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Aus dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben.

(Schluß aus Nr. 55.)

Da wir in Nr. 55 noch nicht in der Lage waren, über den Stand des Arbeitsmarktes bei den Buchdruckern wegen Fehlens der Ziffern für März berichten zu können, so muß das im folgenden erst geschehen. Die Geschäftslage in unserm Berufe und im graphischen Gewerbe überhaupt können unsere Leser aus untenstehender Tabelle übersehen. Wir haben in derselben zum erstenmale sämtliche vorhandenen Organisationen einsehlich der Wöhlplittierungen aufgeführt, weil betreffs der letzteren, verschiedentlich Anfragen an uns gerichtet wurden. Bemerkenswert ist jedoch, daß in dem christlichen Verbänden nur eine geringe Zahl von Buchdruckern, in dem Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaften aber deren noch weniger anzutreffen sind. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verband ist der sicherste Gradmesser für die Lage des Arbeitsmarktes im Buchdruckgewerbe. Im ersten Quartale hatten wir nach den Veröffentlichungen unserer Hauptverwaltung folgende Arbeitslosenziffern aufzuweisen: Januar 1906: 2,52, 1905: 2,77, 1904: 3,49 Proz.; Februar 1906: 1,73, 1905: 2,17, 1904: 2,14 Proz.; März 1906: 1,04, 1905: 1,84, 1904: 1,79 Proz. Nach den Veröffentlichungen im „Reichsarbeitsblatt“ kamen in unserm Verbände auf 100 Mitglieder Fälle von Arbeitslosigkeit im ersten Quartale 1906: 10,8, 1905: 11,6, 1904: 12,4. Demnach kann nur von einer fortgesetzten Besserung der Geschäftslage gesprochen werden.

Der letzte in Dresden stattgehabte Verbandstag der Sattler brachte zunächst die erfreuliche Feststellung, daß seit 1903 sich die Zahl der örtlichen Filialen von 63 auf 84, die der Mitglieder von 3600 auf 6400 und der Vermögensbestand von 8000 auf 74000 Mk. (auschl. 28000 Mk. in den Lokalkassen) gesteigert ist. Die Einführung des Unterstützungswezens wurde als der Faktor bezeichnet, dem diese günstige Entwicklung zu danken sei. Die von der Verbandsleitung gewünschte Anstellung von Gauleitern zwecks noch kräftigeren Vorwärtstretens fand aber nur zum Teile die Genehmigung der Generalversammlung. Das Verhältnis zu den naheverwandten Lazaretieren ist kein günstiges; ein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht nur auf dem Papiere, von den Lazaretieren war nicht einmal ein Vertreter anwesend. Bemerkenswert ist auch, wie über den bekannnten „Vorwärts“-Konflikt geurteilt wurde, bei welchem auch die „Sattlerzeitung“ gegen den Parteivorstand Stellung nahm. Man fand die Solidarität des Sattlerredakteurs wohl begreiflich, hielt aber das für „ein ungerechtfertigtes Gimmischen in eine politische Verwaltungsangelegenheit“, das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission erhielt den gleichen Witscher. Man kann nicht anders als behaupten, daß nur infolge des mangelnden Ueberblickes der Menge sich solche Urteile bilden können. Auf der Konferenz der Zentralvorstände im Februar wurde doch unzweideutig festgestellt, daß die Gimmischen etlicher Parteiblätter in die Sphäre der Gewerkschaften, ja in deren innerste Angelegenheiten, so überhaupt genommen habe, daß eine Abwehr nur ein Akt

der Selbstachtung ist. Wir Buchdrucker vernehmen ja seit Jahren den Ruf „Fort mit Verghäuser“ aus den Spalten einer bestimmten Kategorie von Parteiblättern. Das ist, um mit den Sattlern zu reden, wohl ein gerechtfertigtes Gimmischen in eine gewerkschaftliche Verwaltungsangelegenheit? Bei uns befestigt sich durch solche Wahnehmungen immer mehr die Meinung, daß der wundernetzte Grundgedanke des gemeinen preußischen Justizministers Schönstedt: „Wenn zwei daselbe tun, dann ist es doch nicht daselbe“, in der Arbeiterbewegung recht viele Anhänger hat. Die Befugnis zum Verhängen von Sperrn und zur Warnung vor Zugug wurde allein dem Hauptvorstande übertragen. Die Warnungsnotizen in ihrer bisherigen Fülle im Verbandsorgane seien weiter nichts als Gratisannoncen für die Unternehmer sowie für Streibrechere gewesen. Angriffstreifs sollen nur unternommen werden, wenn vier Fünftel der in Betracht kommenden Mitglieder sich in geheimer Abstimmung dafür erklärt haben. Unorganisierte erhalten keinerlei Unterstützung bei Streiks oder Ausperrungen. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder von 40 auf 45 Pf. erhöht. Vorsitzender wurde an Stelle von Sassenbach, der wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war und wegen anderweiter Verpflichtungen auf Wiederwahl verzichtete, der seitherige Verbandssekretär und Redakteur Blum.

Im Anschlusse an diesen Verbandstag fand eine von acht Ländern besuchte internationale Konferenz der Sattler statt, die einseitliche Karenzzeiten für den Unterstützungsbezug schuf, sowie die Gründung einer internationalen Vereinigung der Sattler und verwandter Berufsgenossen brachte.

Im Verbands der Holzarbeiter wurde die Einführung der Krankenunterstützung lebhaft diskutiert. Nach allen Verlautbarungen kann ein diesbezüglicher Beschluß der in diesem Jahre stattfindenden Generalversammlung als sicher angenommen werden.

Die Berliner Holzarbeiter haben sich vor etlichen Wochen nicht gerade mit Ruhm bedeckt. Eine Versammlung sollte über die Gehaltsregulierung der lokalen Verbandsbeamten beschließen, und zwar handelte es sich keineswegs um erhebliche Steigerungen. Ein Redner meinte: „und fand allgemeine Zustimmung — man sollte sich hüten, eine Beamtenhierarchie zu schaffen. Wenn der Verband seinen Angehörigen gleichmäßig ein Gehalt von 2000 Mk. ohne weitere Steigerungen gewähre, dann würde er seine sozialen Pflichten — im vollsten Maße erfüllen! Als ein anderer Redner in seinen Ausführungen bemerkte, es zeige sich wieder einmal, daß der Arbeiter der schlechteste Arbeitgeber sei, entstand ein Seitenlärm. Ein anderer Vorkämpfer der vorgelegten Gehaltsregulierung wurde einfach zum Abtreten gezwungen. Ein Versammlungsteilnehmer, der einmal vorübergehend angestellt gewesen, konstatierte, daß er infolge der eigenartigen Verhältnisse weniger für seine Familie gehabt habe als wie als Tischlergeselle. Ein Beamter mit neunjähriger Tätigkeit, dem hauptsächlich die Vermittelung zwischen Unternehmern und den Arbeitern obliegt, erklärte, er habe in seinem Amte schon oft für Kollegen einen höheren Lohn durchdrücken müssen, als man ihm jetzt bewilligen solle. Nach einer zweifelhaften Abstimmung wurde schließlich die Vornahme einer Urabstimmung angenommen. Ernst Reinhardt, der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“, schreibt über dieses beschämende Vor-

kommnis in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Diese Uebertreibung der Mäuren des Unternehmertums, um mit dem Vorwärts zu reden, deren sich die Berliner Holzarbeiter gegen ihre Angestellten schuldig machten, ist zu einem guten Teile nichts anderes als der Niederschlag der Hege gegen die Gewerkschaftsführer, die seitens einiger Parteiorane nach Köln befehlet wurde. Die Arbeiter haben in ihrem Parteiorane etwas von der Beamtenhierarchie in den Gewerkschaften gelesen, von dem reaktionären Geiste, der durch die Gewerkschaftsbeamten in die Arbeitererschaft hineingetragen werde; auch von dem gehobenen Existenz und von dem gefunden Sinne der Massen ist in diesem Zusammenhange die Rede gewesen. Das hat sich bei der Masse der organisierten Arbeiter festgesetzt, sie haben sich in eine förmliche Erbitterung gegen ihre Führer hineingedrückt, und all der Groll gegen die Beamten, der sich so bei ihnen angesammelt hat, macht sich denn bei solchen Gelegenheiten Luft“. Wir fassen unsere Meinung über diesen Vorfall kurz dahin zusammen: Eine bessere Masse konnte den Unternehmern gar nicht geliefert werden; diese Versammlung ist eine große Wamage für die Berliner Holzarbeiter.

Die Vergolder hielten mit ihrer sechsten Generalversammlung in Leipzig zugleich auch ihre letzte ab. Am 1. Oktober d. J. wird diese etwa 2000 Mitglieder zählende Organisation zum Holzarbeiterverbände übertreten, der günstige Bedingungen gewährt. Der Vorsitzende führte aus, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses, die Organisationen müßten die Mittel für ihre Kämpfe möglichst selber aufbringen, von selbst die kleineren Verbände zur Verschmelzung mit den nächstehenden größeren nötige.

Der Verbandsvorstand der Müller erließ vor einiger Zeit eine dringliche Warnung zur Beachtung des Streikreglements, an deren Schluß es in Fettdruck heißt: „Kollegen, welche kontraktbrüchig werden — das geschieht gewöhnlich in Fällen, wo es vermeintlich nie schnell genug gehen und der Ablauf der Kündigungsfrist nicht abgewartet werden kann — erhalten aus der Verbandskasse keine Streikunterstützung. Kontraktbruch kann und muß auf Grund allbekannter Gründe vermieden werden; kommt solcher trotz unserer Ermahnung vor, so wird der Hauptvorstand unter allen Umständen an seinem diesbezüglichen Beschluß festhalten.“

Der nunmehr im 41. Jahre bestehende Verband der Zigarrenarbeiter hat seit drei Vierteljahren einen recht häßlichen Konflikt, wie er Gott sei Dank selten vorkommt. In Dresden mußte nämlich der angestellte Bevollmächtigte Ullig von seinem Posten entfernt, aus der Organisation ausgeschlossen und außerdem der Staatsanwaltschaft wegen Veruntreuung von 1216,35 Mk. angezeigt werden. In einer 24seitigen Broschüre wurde attemmäßig der unliebsame Vorgang geschildert und man muß sagen, daß ein solches Jagdregiment, eine so arge Miquenwerkenschaft, verwahrloste Kasernenführung und kummlige Geschäftsführung ohne Beispiel ist in der Gewerkschaftsbewegung. Die Feststellung der unterliegenden Summe — worunter auch Streigelder für die Zigarrenarbeiterinnen — war erst mit vieler Mühe möglich. Die Mitgliederzahl in Dresden ist infolge des Konfliktes, bei dem erstaunlicherweise ein Teil auf seiten dieses Musterbeamten steht und ihn als Märtyrer feiert, von 4700 auf 1264 zurückgegangen.

Übersicht der Arbeitslosigkeit in den Organisationen des graphischen Gewerbes für das 1. Quartal 1906.

Organisation	Mitgliederzahl am Schluß des 1. Quartals			Arbeitslose Mitglieder am 31. März (unterstützte und nicht unterstützte)			Arbeitslose Mitglieder am 31. März (unterstützte und nicht unterstützte)			Am letzten Tage des Quartals auf der Reise			Auf je 100 Mitgl. entfielen Fälle der Arbeitslosigkeit im 1. Quartale			mehr (+) oder weniger (-) gegen vorhergehendes Quartal		
	männl.	weibl.	ins. sammt	männl.	weibl.	ins. sammt	männl.	weibl.	ins. sammt	männl.	weibl.	ins. sammt	männl.	weibl.	ins. sammt	männl.	weibl.	ins. sammt
Verband der Deutschen Buchdrucker	42968	—	42968	4620	—	4620	658	—	658	98	—	98	10,8	—	10,8	-2,1	—	-2,1
Verband der Maß-Lothringischen Buchdrucker	940	—	940	35	—	35	3	—	3	—	—	—	3,7	—	3,7	-1,3	—	-1,3
Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter usw.	4101	5194	9295	257	492	749	21	17	38	—	—	—	6,3	8,9	7,7	-3,1	-2,5	-2,9
Deutscher Geneselferband (Lithogr., Steindr. usw.)	15394	—	15394	1198	—	1198	274	—	274	42	—	42	7,8	—	7,8	-1,9	—	-1,9
Deutscher Buchbinderverband	11395	7557	18952	1363	865	2228	209	40	249	23	—	23	12,7	11,8	12,3	-2,7	+0,5	-1,5
Notenstecherverband	392	—	392	11	—	11	10	—	10	—	—	—	1,8	—	1,8	-3,8	—	-3,8
Deutscher Ktlographenverband	148	—	148	4	—	4	—	—	—	—	—	—	2,7	—	2,7	-6,8	—	-6,8
Deutscher Photographengehilfenverband	845	31	876	153	8	161	24	1	25	—	—	—	18,1	2,6	18,4	+5,4	-6,1	+5,8
Gutenbergsbund	2693	—	2693	148	—	148	12	—	12	—	—	—	5,5	—	5,5	-3,9	—	-3,9
Zentralverband christlicher graphischer Arbeiter	1150	50	1200	25	3	28	5	—	5	—	—	—	2,2	6,0	2,3	—	—	—
Hirsch-Dünder'scher Gewerksverein d. graph. Berufe	2089	11	2100	104	—	104	12	—	12	2	—	2	5,0	—	5,0	+1,4	—	+1,4
Deutscher Lithographenbund	689	—	689	42	—	42	3	—	3	—	—	—	6,1	—	6,1	+1,2	—	+1,2

Der Vorsitzende des Verbandes der **Handschuhmacher**, der erst vor ein paar Jahren an Stelle Wasners auf diesen Posten berufen wurde, legt sein Amt bereits wieder nieder, weil ihm einzelne Mitgliedschaften diese Tätigkeit schon so verehelt haben — namentlich die Halberstädter mit ihrem Verdruss über ihren verloren gegangenen Streit —, daß er es vorzieht, in der Magdeburger „Volksstimme“ einen Redakteurposten zu übernehmen. Sind es bei Niepohl also diese Gründe, so waren für seinen Vorgänger Wasner die schlechten, inzwischen aufgebesserten Besoldungsverhältnisse maßgebend für den Rücktritt und zur Uebernahme eines Postens in der sozialdemokratischen Partei. Nachfolger von Niepohl wird Ernst Leister aus Johanneergeorgenstadt.

Die Organisation der **Wäschereiarbeiter**, die in Berlin ihre zweite Generalversammlung abhielt, kann mit den bisherigen Erfolgen recht zufrieden sein. Waren Ende 1904 kaum 1000 Mitglieder vorhanden, so am Schlusse 1905 bereits 6500, von denen 93 Proz. weibliche Personen sind, die namentlich in der Bekleidungsindustrie so schwer für die Organisation zu haben sind. Die vorjährigen günstigen Streiks in Berlin und Wiesfeld, bei denen die übrigen Gewerkschaften im Sinne des Röhner Beschlusses einprangen, brachten hauptsächlich den schönen Aufschwung. Die Beiträge wurden für männliche Mitglieder auf 40, für weibliche auf 20 Pf. erhöht; für eine so junge Organisation ferner ein Zeichen gesunden Vorwärtstrebens. Die Krankenunterstützung wurde ebenfalls erhöht, über die Arbeitslosenunterstützung soll die nächste Generalversammlung Entscheidung treffen. Die Umstellung von Gaulteuren wurde dem Zentralvorstande überlassen. Im Hauptvorstande sind schon zwei Beamte tätig.

Die **Rüsther** tagten in Weissenfels. Das hinsichtlich der Fortschritte seit 1904, dem ersten Verbandstage, berichtet wurde, war nicht sonderlich erfreulich. Der Verband hat viele Kämpfe zu bestehen gehabt in dieser Zeit, speziell wegen der bei Einführung von Maschinen vorgenommenen Lohnreduktionen. Doch gerade diese endeten in der Regel mit einem Mißerfolge, kosteten aber trotzdem das meiste Geld. Der Kassenbestand ging von 22 632 Mk. auf 10 642 Mk. zurück, die Mitgliederzahl ist mit 1938 in den letzten drei Jahren fast konstant geblieben. Die Fluktuation ist sehr stark, weil, wie ausgeführt wurde, noch jede Unterstüßungseinrichtung fehlt. Dem wird nun abgeholfen durch Einführung von Kranken- und Sterbegehalt. Interessant ist, daß gegen den Verband von den Unternehmern zwei Schadenersatzprozesse geführt wurden. Der eine, noch schwebende, richtet sich gegen das Verbandsorgan wegen einer Sperrenotiz. Der andere wurde gegen den Verband aus dem eigenartigen Grunde geführt, weil Arbeitswillige einem Unternehmer den erhaltenen Vorstoß nicht zurückgezahlt hatten. Der prozeßlustige Unternehmer fiel jedoch ab. Vom Vorstande wurde darüber gesagt, daß Ausgeschlossene ohne weiteres von dem Fabrikarbeiterverbande aufgenommen werden. Ein Umding sei es auch, Unternehmern die Anerkennung des Arbeitsnachweises aufzuzwingen, wenn die Mitglieder sich nicht einmal selbst um denselben bekümmern. Der Beitrag wurde für männliche von 30 auf 50 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 25 Pf. erhöht. Erwähnenswert ist, daß bezüglich der Meißener und des Massenstreiks die Delegierten sich auf den Standpunkt des Jenaer Parteitages stellten. Höchst bezeichnend: Gerade die Gewerkschaften, welche die wenigsten Erfolge gegen das Unternehmertum aufzuweisen haben, schwören auf Jena. Diese Wahrnehmung konnten wir nicht nur bei allen kleinen, sondern auch bei den größeren Verbänden machen, die sich ihren Unternehmern ebenso wenig gewachsen zeigen. Das gibt gewiß sehr zu denken.

Von der Organisation der **Schuhmacher** ist dem Reichstage eine Petition zugegangen, in welcher entweder auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung die Beseitigung einer Art von Knirschsystem in der Schuhwarenindustrie verlangt wird. Die Schuhwarenfabrikanten zwingen nämlich ihre Arbeiter, die Journalturen (Reißer, Garn, Seide, Wachs usw.) selbst zu liefern oder von ihnen zu beziehen, wobei sie Preise verlangen, welche die Selbstkosten erheblich übersteigen. Da die bisher gegen diesen Unflug unternommenen Schritte nicht den erwarteten Erfolg zeigten, soll nun den Fabrikanten dieses Treiben behördlich oder von Gesetzes wegen unterzagt werden.

Die **Glaser** hielten ihren ersten Verbandstag in Mannheim ab. Es sind jetzt etwa 70 Proz. dieser Arbeitergruppe organisiert. Die Fluktuation ist aber noch eine sehr große. Obwohl der Zeitraum vom letzten Verbandstage bis zu diesem der an Kämpfen reichste, hat sich die Organisation günstig entwickelt: die Mitgliederzahl ist von 3000 auf 5000 gestiegen. Trotz der vielen Streiks konnten dieselben aus eigenen Mitteln geführt werden. Die vom reichsstädtischen Amte herausgegebenen Zählkarten zur vierteljährlichen Feststellung der Arbeitslosigkeit werden sehr mangelhaft oder unpünktlich eingekandt. Das Verständnis für Statistik läßt eben viel zu wünschen übrig. Von einer im Jahre 1903 herausgegebenen Berufsstatistik sind so wenig Exemplare abgesetzt worden, daß von einer Wiederholung dieser Statistik vorläufig Abstand genommen wird. Der Uebertritt zum Holzarbeiterverbande wurde mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Der Verbandstag sprach sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Der Beitrag wurde von 30 auf 45 Pf. erhöht, das Unterstüßungswesen fand weitere Ausgestaltung.

Auf der fünften Generalversammlung des Verbandes der **Stuttarteure**, abgehalten in Leipzig, fand die Frage der Verschmelzung mit der Maurerorganisation eine sehr rege Diskussion. Der Vorsitzende der letztern und der Vorsitzende der Stuttarteure standen als Meinungsgegner gegenüber. Ersterer suchte durch Vorbringung gewichtiger Argumente den Widerstand der Leitung der Stuttarteureorganisation zu brechen. Die Generalversammlung gab schließlich die Direktive zu Verhandlungen zwischen den beiden Vorständen betreffs einer Verschmelzung. Dann soll eine Urabstimmung der Stuttarteure über diese Frage entscheiden. Dem Unterstüßungswesen wurde wenig Sympathie entgegengebracht, denn die nach dieser Richtung gemachten Vorschläge fanden nicht die Zustimmung der Generalversammlung. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. festgelegt. Die Entscheidung, ob Köln oder Jena das richtigere sei, fiel zugunsten der Jenaer Marzstraße aus. Der Redakteur des Verbandsorgans betonte, der Beschluß, alle Berichte möglichst unverkürzt aufzunehmen, sei ein Festgriff gewesen; für größere und gute Artikel bliebe dadurch kein Raum. Die Berichterstattung ist so schlecht, daß eine Anleitung dazu für die Schriftführer herausgegeben werden soll. Der Verband hat seit seiner letzten Tagung (1903) gute Fortschritte gemacht, ist doch die Mitgliederzahl von 4121 auf 7283 gestiegen. In vielen Ortsfilialen bestehen Lokaltarife mit den Unternehmern. Während die Stundenlöhne zwischen 25 und 90 Pf. schwanken, differiert die Arbeitszeit zwischen acht einhalb bis elf Stunden. Das sind gewiß enorme Unterstüßende.

Die **Bühnenarbeiter**, zu 400 Mann organisiert, beschloßen auf ihrem Verbandstage in Berlin einstimmig den Anschluß an die Generalkommission. Am Stadttheater in Breslau hat ein Streik mit geringem Erfolge stattgefunden. Da die Gründung eines monatlich erscheinenden Fachblattes beschlossen wurde, wurde der Monatsbeitrag von 80 Pf. auf 25 Pf. wöchentlich erhöht, es muß jedoch für 56 Wochen bezahlt werden.

Der Verband der **Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter** hat die Mitgliederzahl 100 000 überschritten. Bei den **Handlungsgehilfen** müssen wir etwas nachholen. Der Redakteur des Verbandsorgans hat nämlich seinen Posten niederlegen müssen. Derselbe soll sich schwerer und unumworfener Beschuldigungen gegen den Vorsitzenden Josephohn schuldig gemacht, gegen Mitglieder sich unkollegial benommen und sich ferner auf Kosten des Verbandes persönliche Vorteile verschafft haben. Der betreffende wurde für unwürdig erklärt, irgend einen Posten in der Organisation zu bekleiden.

Ein internationaler Kongreß der **Handelsangestellten** in London, der so recht zeigte, daß derartige Veranstaltungen völlig wertlos sind, wenn die Organisationsverhältnisse noch in den Kinderschuhen stehen, hatte für uns nur ein Interesse, und das ist der seltsame Beschluß, auf dem nächsten Kongresse in der Weltsprache „Esperanto“ zu verhandeln.

Ein allgemeiner Kongreß der **Handelsreisenden**, der von 117 Delegierten besucht war, fand in Berlin statt. Die vielen und großen Mitglitte bei dieser Arbeiterkategorie fanden eingehende Erörterung. Der Achtuhrladenschluß sowie der Sechshauptstündschluß für ganz Deutschland sollen gesetzlich festgelegt werden. Auf demselben Wege soll eine Maximalarbeitszeit von 9, für jugendliche von 8 $\frac{1}{2}$ Stunden, die vollständige Sonntagsruhe, das Verbot des Kost- und Logiszwanges, die Errichtung von Handelsinspektoren usw. durchgeführt werden.

Den neunten Verbandstag der **Safenarbeiter** in Stettin beschloßte zu einem wesentlichen Teile der „Vorwärts“-Konflikt. Ein Artikel über diesen Vorfall hat der Verbandsvorsitzende sozusagen auf dem Gewissen, da der Redakteur, der ein Anhänger der schärferen Tonart ist, wodurch sich wohl auch die schweren Verurteilungen desselben erklären, zu der Zeit einen unfeindlichen Aufenthalt an einem andern Orte nehmen mußte. Obwohl der Vorsitzende Dring keinen Standpunkt, der sich mit dem von der Gewerkschaftspresse in dieser Angelegenheit eingenommenen deckt, gefühlt verteidigte, drang er doch nicht durch damit. Ein anderer, in diesem Jahre passierter Vorfall, war der in Ludwigshafen, wo infolge eines ganz kleinen Streiks auf den dortigen Unklüwerten sehr leicht hätte ein Konflikt entstehen können, in den Tausende von Arbeitern verwickelt worden wären. Dieser Möglichkeit traten das Gewerkschaftskartell sowie die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Ludwigshafen entschieden und mit Erfolg entgegen. Die „Pfälzische Post“ und der Reichstagsabgeordnete Ehrhardt wurden darob vom „Safenarbeiter“ hart angelassen, doch wurde deren Verhalten von einer Parteikonferenz völlig gebilligt. Die Krankenunterstützung erfährt eine Einschränkung durch Wisaufhebung der untersten Klasse. Beiträge sollen künftig auch für den Monat März erhoben werden, so daß nur der Januar und der Februar freibleibt; der Verband hatte nämlich für das vergangene Jahr ein ansehnliches Defizit aufzuweisen. Das Verbandsorgan wird in Zukunft wöchentlich erscheinen. Alle Anzeigen sollen daraus entfernt, Veranlassungen aber unentgeltlich Veröffentlichung finden.

Die **Gastwirtsgehilfen** hielten ihren Verbandstag in Köln ab, der auch von zwei Münchener Kellnerinnen besucht war, von denen die eine treffende Ausführungen über die Ausbeutung der Kellnerinnen in der Weltberstadt machte. Diese Darlegungen führten zu dem Beschlusse, künftig eine intensiver Agitation zur Gewinnung der weiblichen Angestellten wie auch des Hilfspersonals zu entfalten. Die Organisation entwickelt sich nur sehr langsam; von 2704 vor zwei Jahren war die Mitgliederzahl Ende 1905 auf nur 3903 gestiegen. Die Gründe

dafür sind ja bekannt. Die Arbeitsvermittlung durch den Verband hat sich als sehr segensreich erwiesen. Seit 1898 sind dadurch den gewerkschaftigen Stellenvermittlern nicht weniger als 243 927 Mk. Platzierungsgebühren entzogen worden. Da bei der eignen Stellenvermittlung aber auch viel Unzuträglichkeiten durch die Kurzfristigkeit der Berufsgenossen entfallen sind, soll an Orten mit kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisen dieser der Vorrang gegeben werden. Wegen die ausschließliche Verwendung von Soldaten oder unteren staatlichen und städtischen Beamten als Kellner wurde protestiert. Lebhafte Beflag wurde auch die Lage Handhabung der Bundesratsverordnung sowie das Bestreben von Unternehmerseite, dieselbe noch zu verschlechtern. Auch daß das Personal in Bahnhofsverwaltungen nicht unter die Bundesratsverordnung fallen soll, wurde entschieden gemißbilligt. Interessant waren die Erörterungen, aus denen zu entnehmen, daß die im Auslande sehr zahlreich vertretenen deutschen Kellner ungefahr die Rolle spielen, die in Deutschland in anderen Branchen die Italiener, Polen, Galizier usw. ausfüllen. Der Beitrag wurde von 30 auf 40 Pf. erhöht. Die geforderte Umstellung von zwei weiteren Beamten — im ganzen nun fünf — fand schließlich Zustimmung.

Die **freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften** (Lokalisten) gab sich in Berlin ein Stellbuchein. Seit 1903 ist dieses Fährlein von 28 auf 22 Organisationsgruppen und von 14 263 auf 13 140 Mitglieder zuzunehmend. Beiträge bezahlen scheint nicht die Haupttugend bei etlichen der Lokalorganisationen zu sein, denn es mußten 18 965,65 Mk. Schulden niedergeschlagen werden. Ungefähr 200 000 Mk. haben die Lokalorganisationen in den letzten beiden Jahren für Streiks usw. ausgegeben. Tarifverträge sind in 25 Fällen abgeschlossen worden. Obwohl die Lokalisten Gegner der „Harmoniebulle“ sind, konnten sie sich der Umgarung von diesem scheußlichen Gespenste nicht ganz entziehen. Bei der Neuberatung des Programmes der Lokalorganisationen zeigte es sich, daß es den Führern so ergeht wie dem Goetheschen Zauberkocher, welcher auch die Geister, die er rief, nicht wieder los wurde. Während der Referent nicht ohne einen halbwegs vernünftigen Standpunkt einnahm — das ganze lokalistische Milieu natürlich in Betracht gezogen —, überpuzelten sich verschiedene Redner mit den Schlagworten Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Religions- und Vaterlandslosigkeit. Im allgemeinen war ein Ueberdruß von der berühmten „Feenpalast“-Resolution wahrnehmbar, die bekanntlich den Anarchosozialismus zutage förderte. Dr. Friedberg war ja allerdings noch krankheit am Erscheinen verhindert, und wo der Schulmeister fehlt, pflegen ja die Huben über Tisch und Bänke zu klettern. Die Erzabitalinskis fielen aber doch ab, der Programmwurf fand in der vorge schlagenen Form Annahme. Daß die neue Fassung trotzdem nicht mit „Kölnischem Wasser“ getauft ist, versteht sich natürlich an der Hand. Seltsam auch der Lokalistenführer Gebl predigte der Neutralität das Wort. Er sagte nämlich, die Gewerkschaften sollten von jeder Partei unabhängig sein, jedoch müßten sie den revolutionären Sozialismus propagieren. So rollt eben jeder den Neutralitätsmantel nach seinem Gusto.

Unsere Mitteilungen in Nr. 30 über die Ausbreitung der Lokalorganisationen ergänzen wir noch dahin, daß auch in Lübeck etwa 350 lokalorganisierte Schauerleute vorhanden sind, die sich vor zwei Jahren vom Hafnarbeiterverbande absonderten.

Der Neugründung einer Lokalorganisation müssen wir abschließend noch Erwähnung tun. In Pforzheim hat sich nämlich ein Lokalverein der Gold- und Silberarbeiter aufgetan. Zum Teile sind es vom Metallarbeiterverbande Abtrünnige, die anderen vielleicht grundrätliche Eigenbrötler. Mit einem Monatsbeitrage von 80 Pf. wollen diese Leute sich „nach Art der Buchdruckerorganisation“ gewerkschaftlich betätigen; ein Buchdrucker wurde auch als Geburtsheifer genannt. Unser Pforzheimer Ortsverein befaßte sich deshalb sogleich mit der Sache und faßte folgende (von uns gekürzte) Resolution: Die Versammlung des Ortsvereins Pforzheim nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Buchdrucker in die Angelegenheit des Metallarbeiterverbandes kontra Lokalverband der Gold- und Silberarbeiter hineingezogen worden sind. Was den Vorwurf anbelangt, ein Mitglied des Ortsvereins sei den Lokalorganisierten bei den Vorarbeiten zur Gründung beifällig gewesen, so hat sich nach Untersuchung der Sache ergeben, daß dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben worden ist und weist die Versammlung daher denselben entschieden zurück. Die Versammlung legt aber auch Bewahrung dagegen ein, daß der neugegründete Lokalverband der Gold- und Silberarbeiter sich als eine Nachahmung des Buchdruckerverbandes ausbeut, da kein einziges Merkmal unsers Verbandes: seine prinzipielle Haltung, Zentralisation der Organisationsform, hohe Beiträge (1,60 Mk. bis 2,10 Mk. pro Woche), ausgebildetes Unterstüßungswesen usw., auf den genannten Verein zutrifft. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß weder lokale noch konfessionelle Organisationen, sondern nur große Zentralverbände in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter wirksam zu bessern und erwartet daher aus bestimmteste, daß sich die Mitglieder des Ortsvereins jeder Förderung obengenannter, nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehender Organisationen auf das strengt enthalten. — Mit der Geburtsheiferschaft der Buchdrucker war es also nichts, Zerplitterungsarbeit überlassen dieselben anderen Leuten. Km.

Korrespondenzen.

Altena i. Westf. Nachdem durch nunmehrige tägliches Erscheinen der Beiden am hiesigen Orte herausgegebenen Zeitungen die Zahl der Kollegen sich beträchtlich vermehrte, und die immer noch recht mäßigen Verhältnisse am Orte es als besonders notwendig erscheinen ließen, wurde zur Freude aller hiesigen Kollegen am 6. Mai zur Gründung eines Ortsvereins Altena geschritten, welche vom Kollegen Lorenz, als Vorstandsmittglied des Bezirksvereins Hagen, durch den dankenswerten und interessanten Vortrag „Zweck und Ziele des Verbandes“ eingeleitet wurde. Nachdem die Gründungsformalitäten erledigt waren, sprach Kollege Lorenz in kurzen Worten noch die Hoffnung aus, daß unser jetzt allerdings noch kleiner Ortsverein sich durch die Werbereudigkeit der hiesigen Kollegen recht bald zu einem kräftigen Sprosse am starken Verbandsbaume entwickeln möchte, wozu mitzuwirken alle Kollegen von Herzen versprochen.

Berlin. Am 20. Mai begehrt Kollege Theodor Falstow sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum und zugleich die 40jährige Zugehörigkeit zum Verbands. Die von den Wollseher Kollegen arrangierte Feier findet am genannten Tage, vormittags 10 Uhr, im „Schultheis“ auf Livoli statt.

Sp. Dillenburg-Herbörn. Die am 6. Mai in Herbörn abgehaltene Ortsvereinsversammlung war erfreulicherweise recht zahlreich besucht. Es wurde beschlossen, das 40jährige Verbandsjubiläum in würdiger Weise am 20. Mai in Dillenburg zu begehen. Auch hier kann man endlich von einem kleinen Erfolge berichten, denn es haben sich drei Kollegen zur Aufnahme gemeldet. Ferner wurde angeregt, eine Bibliothek zu gründen, um den Mitgliedern in den freien Stunden eine gute Lektüre zu bieten; man stieß allerdings dabei auf einen munden Punkt, und das ist die nicht ausreichende Kasse. Wir richten daher an die Kollegen und Ortsvereine die Bitte, uns durch Ueberweisungen von Büchern usw. zu unterstützen. Freundliche Sendungen sind an Kollegen Wieseler-Dillenburg, Hauptstraße 44, zu richten.

-a- Erfurt. Im Anschlusse an die Monatsversammlung am 5. Mai beging unser Ortsverein die Feier des 23jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Fr. Habekopf; das zweite Ereignis dieser Art während des 23jährigen Bestehens des Ortsvereins Erfurt. Eingeleitet wurde die Feier durch ein stimmungsvolles Lied, vorgetragen von dem Gesangsverein Gutenbergs, worauf an Stelle des leider am Erscheinenden verhinderten Vorsitzenden Stange der Kollege Sonnenstädt eine Ansprache hielt, die in ihrem ersten Teile sich namentlich an die jüngeren Kollegen richtend, diesen treffend vor Augen führte, was es heißt, 25 Jahre ununterbrochen dem Verbands anzugehören, und sie im Geiste in jene Zeit zurückführte, in der die Erwerbungs- und der Mitgliedschaft und das Festhalten an den Idealen unserer Organisation, die besondere Anforderungen an die Charakterfestigkeit der Kollegen stellten. Dem Jubilare aber wurde mit den besten Wünschen seitens des Bezirks und Ortes Erfurt eine Uhr mit entsprechender Widmung überreicht; auch vom Gauvorfstande war ein Glückwunschtelogramm eingegangen. Der Gutenbergs sorgte in Gemeinschaft mit zwei musikalisch veranlagten Kollegen in ausgiebigster Weise für gefällige Unterhaltung. Der Jubilar dürfte allen hier jemals gewirkt haben den Kollegen wohl bekannt sein, da er einer von denjenigen ist, die bei jeder kollegialen Veranstaltung ihre Beteiligung als selbstverständliche Pflicht eines Verbandsmitgliedes betrachten.

-tz. Hannover. (Mitgliederversammlung vom 8. Mai.) Der Vorsitzende widmete dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Meister einen warmen Nachruf und ehrte die Versammlung das Andenken dieses um die Arbeiterbewegung hochverdienten Mannes durch Erheben von den Plätzen. Dem Verbands angefallenen haben sich 51 Neuausgewählte. Am hiesigen Orte stehen die Steinbrücker und Lithographen im Streit; weil unsere Kollegen Streikarbeit verweigerten, ist es bereits in einigen Betrieben zu Differenzen gekommen, die aber auf gütlichem Wege beigelegt wurden. In den drei hiesigen Geschäftsbüchereifabriken wird an den Kopf- und Ziegeldruckpressen berechnet, bei den Firmen Ebler & Krüsch und Oldemeyer Nachf. waren die Affordrücke jedoch niedriger als bei der Firma König & Gebhardt. Während die Firma Ebler & Krüsch den Ehardt'schen Tarif voll und ganz akzeptierte, wurde bei Oldemeyer Nachf. bis jetzt nur die Erhöhung einzelner Positionen erreicht, was in erster Linie der geradezu sträflichen Gleichgültigkeit der betreffenden Kollegen zuzuschreiben ist. Als Beisitzer zum Gewerbegericht sollen dem Kartelle die Kollegen Hartwig und Karl Richter vorge schlagen werden. Mit dem diesjährigen Johannisfest wird die Feier des 40jährigen Bestehens unseres Verbandes verbunden sein. Der Bericht der Delegierten zum Gewerkschaftskartelle, der hierauf erstattet wurde, zeigte, daß hier am Orte das Gewerkschaftsleben ein aufsteigendes ist und das Kartelle in den ihm gezogenen Grenzen eine erfreuliche Tätigkeit entfaltet.

Hannover. (Maschinenseher.) Am 6. Mai hielt der Maschinenseherverein Gau Hannover eine Versammlung ab, welche sich eines recht guten Besuches erfreute. Die hiesigen Maschinenseher waren fast sämtlich erschienen, während aus anderen Orten des Gaus, wie Hildesheim, Braunschweig usw., Delegierte der dortigen Ortsvereine anwesend waren, um die Berichterstattung des Kollegen Gerlach-Braunschweig über den ersten deutschen Maschinenseherkongress entgegenzunehmen. Trotzdem der größte Teil der Tagesordnung in geheimer Sitzung erledigt wurde, war unser Delegierter doch in der Lage,

in längeren Ausführungen über die in der Öffentlichkeit verhandelten Punkte, als Geschäftsbericht der Zentral-Kommission, Organisation und Uebernahme der „Technischen Mitteilungen“, eingehend zu referieren. Kollege Gerlach schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß nun die Kollegen auch voll und ganz für die Forderungen eintraten möchten. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen, an die sich in der nachfolgenden Diskussion eine rege Debatte angeschlossen. Nachdem dann im weiteren Verlaufe der Versammlung verschiedene interne Angelegenheiten des Vereins erledigt waren, wurden aus einer hiesigen Druckerei, in welcher unsere Sparte bisher nicht vertreten war, zwei Kollegen aufgenommen und der Beitritt der übrigen in Aussicht gestellt, so daß nach Vollziehung dieser Aufnahmen sämtliche Maschinenseher Hannovers nicht nur Verbandsmitglieder wären, sondern auch der Spartenvereinigung angehörten. Außerdem wurden noch zwei Kollegen aus Wolfenbüttel und einer aus Hildesheim aufgenommen.

Hannover. (Maschinenmeisterverein.) In der Versammlung am 6. Mai teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß der Verein sich langsam, aber stetig weiter entwickle; die Mitgliederzahl habe die Ziffer 200 bereits überschritten. Den Bericht vom Maschinenmeisterkongress erstatteten in längeren Ausführungen die Delegierten Höhne und Richter. An den Bericht knüpfte sich eine recht interessante Debatte. Die Hilfsarbeiterfrage wurde ausgeprochen und soll in einer nächsten Versammlung gesondert behandelt werden. Leider war diese wichtige Versammlung nur von etwa 60 Kollegen besucht. Die Versammlungsgewinnzähler könnten sich — trotz des herrlichen Frühlingsetwas — ein Beispiel an zwei Mitgliedern aus Melle nehmen, die fünf Stunden Bahnfahrt nicht scheuten, um an der Versammlung teilnehmen zu können. Anlaß zu Ausstellungen gab die in dem Referate über die Lehrlingskassa enthaltene Statistik des Gaus Hannover, deren Resultat recht unklar wiedergegeben ist. So sind u. a. die Bezirke gar nicht und die Stadt Hannover in drei Positionen angegeben. Das richtige Resultat ist folgendes: Im Monate Dezember 1905 waren vorhanden im Bezirk Hannover (Gand): 14 Gehilfen 5 Lehrlinge = 35,71 Proz., Bezirk Lüneburg 11 Gehilfen 4 Lehrlinge = 36,33 Proz., Bezirk Braunschweig 67 Gehilfen 25 Lehrlinge = 37,31 Proz., Stadt Hannover 222 Gehilfen 84 Lehrlinge = 37,84 Proz., Bezirk Hildesheim 37 Gehilfen 18 Lehrlinge = 48,65 Proz., Bezirk Osnabrück 20 Gehilfen 13 Lehrlinge = 66,00 Proz., Bezirk Göttingen 21 Gehilfen 15 Lehrlinge = 71,43 Proz. Mit hin im ganzen Gau Hannover 392 Gehilfen 164 Lehrlinge = 42 Proz. Ein Aufführen der Ziffern der einzelnen Orte ist wegen der großen Zahl dieser nicht möglich; auch würden dabei Ziffern, wie z. B. 2 Gehilfen 4 Lehrlinge = 200 Proz. herauskommen.

-ü. Bremen. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte sich erfreulicherweise eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Aus dem vom Vorsitzenden Koch erstatteten Jahresberichte ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse an hiesigen Orte bedeutend bessere geworden sind, indem die Mitgliederzahl von 65 auf 72 gestiegen ist, denen nur noch vier Nichtverwandter gegenüberstehen. Der Tarif ist in sämtlichen hiesigen Druckereien schriftlich anerkannt. Der Versammlungsbesuch war durchweg ein guter zu nennen. Der Stand der Ortskasse ist nach dem Rechnungsabschlusse ein guter, trotzdem die Zahl der zu unterstützenden Kollegen infolge Krankheit eine sehr große war. Ferner erhalten aus demselben Nichtbegünstigten 1 Mk., Ausgesteuerte 1,50 Mk.; ebenso wird daraus das Mononement des „Korr.“ bestritten. Die Benutzung der Bibliothek, deren Bücherstand durch einige Hände wieder vermehrt wurde, läßt zu wünschen übrig. Die Zahl der „eisernen Kollegen“ ist um einen gestiegen, es befinden sich zurzeit sechs Maschinen im Betriebe. Nachdem der Jahresbericht erstattet, gab der Kassierer seine Abrechnung bekannt.

Leipzig. (Festversammlung des Maschinenmeistervereins.) Anlaßlich des zehnjährigen Bestehens ihrer Spezialvereinigung hielten die Leipziger Drucker am 6. Mai im „Schloßkeller“ eine Festversammlung ab, zu welcher sich etwa 450 Kollegen eingefunden hatten. An Stelle des erkrankten ersten Vorsitzenden hielt Kollege Claus einen Vortrag über „Ein Rückblick auf das zehnjährige Bestehen unserer Vereinigung“. Kollege Claus schilderte in sehr eingehender Weise die Gründung sowie die zehnjährige Arbeit der Vereinigung. Ganz besonders hob Redner die Spartenbekämpfung aus früherer Zeit hervor und gab seine Freude darüber Ausbruch, daß diese Periode nun glücklicher Weise vorüber sei; die Eltern in Berlin tagenden Spartenkongresse hätten das zur Evidenz bewiesen. Weiter gab Redner einen Ueberblick über die allgemeine Maschinenmeisterbewegung und ging dann auf die Entwicklung der Leipziger Vereinigung näher ein. Die Mitgliederzahl habe sich seit Gründung weit um das Doppelte erhöht; im Jahre 1896 betrug die Mitgliederzahl 400, im Jahre 1906 902. Der Leipziger Gau zählt unter seinen 4000 Mitgliedern 1030 Drucker und Maschinenmeister, das ist der vierte Teil aller in Leipzig organisierten Buchdruckergehilfen. Von diesen 1030 Druckern sind 903 in ihrer Spezialvereinigung. Pflicht aller Drucker sei es, sich auch ihrer Sparte anzuschließen. Die fehlenden 128 Kollegen sollten baldigt das Versäumte nachholen, damit zum zehnten Stiftungsfeste am 7. und 8. Juli alle organisierten Druckerkollegen auch unserer Vereinigung angehören. Nachdem Referent noch auf den kollegialen Verkehr hingewiesen, den die Leipziger Druckerkollegen mit denen in der Provinz unterhalten, indem die Leipziger alljährlich Eisenbahnfahrten unternehmen, um so das kollegiale Band enger zu knüpfen,

endete der Vortragende seine einstündigen, mit großem Beifalle aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsche, daß die deutsche Maschinenmeisterbewegung im Rahmen des Verbandes blühen und gedeihen möge. Zum Schlusse gab der zweite Vorsitzende einige eingegangene Glückwünsche von auswärtigen Kollegen bekannt und forderte alle Anwesenden auf, auch in Zukunft treu zur Fahne zu halten, denn die jegige Zeit erheische es, daß alle Kollegen auf dem Posten stehen. Hierauf Schluß der interessanten Festversammlung. Im Anschlusse an diese Versammlung fand ein Frischschoppenkonzert statt, bei welchem die Kollegen bis zum spätem Nachmittage zusammenliefen.

F-i. Luxemburg. Der aufmerksame Leser des „Korr.“ wird wohl niemals unter den Berichten „Aus dem Auslande“ Luxemburg vertreten sehen. Woher dies kommt, ist aus nachstehendem zu ersehen. Der hiesige Buchdruckerverein besteht seit 1864. Im Herbst 1893 wurde an die Ausarbeitung eines Tarifes geschrieben, der denn auch am 1. Januar 1894 in Kraft trat und bis 1898 Gültigkeit hatte; d. h. der Streik 1898 ging verloren und damit natürlich unser Tarif. Die tariflose, schreckliche Zeit dauerte noch bis heute. Zur Erläuterung will ich einige Bestimmungen dieses Tarifes anführen: 1. Die tägliche Arbeitszeit ist eine zehnstündige. 2. Das Minimum des gewissen Geldes ist auf 18 Mk. wöchentlich festgesetzt (3 Mk. täglich). 3. Die Lehrlinge erhalten nach Beendigung einer vierjährigen Lehrzeit für das erste, zweite und dritte Jahr ein mit dem Prinzipale zu vereinbarendes Salär. 4. Die zur Zeit der Einführung des Tarifes bestehenden Löhne der Seher und Drucker wurden um 20 Pf. pro Tag erhöht für alle Gehilfen, welche unter 3,20 Mk. pro Tag haben. (NB. Dieser Lohn muß jeder Gehilfe haben, um dem Vereine beitreten können.) 5. Satzpreis pro 1000 Buchstaben: Garmond 34 Centimes. = 27,2 Pf. Nun einige Verbesserungen, die trotz der tariflosen Zeit eingetreten sind: Neunstündige Arbeitszeit; diese wurde von einigen Druckereien freiwillig gegeben, worauf die anderen nachschloßen. Das Minimum ist heute auf 3,40 Mk. gestiegen, der Tageslohn auf 28,8 Pf. Trotz dieser traurigen Lage sehen wir es ruhig mit an, wie in unseren Nachbarländern die Gehilfenhaft eine Vesserstellung ihres Dafens eringt, wie sich überall — in Frankreich sowohl als in Belgien, Deutschland und Elsaß-Lothringen — die Kollegen rühren — nur wir, wir legen die Hände ruhig in den Schoß und bleiben bei dem Minimum von 3,40 Mk. pro Tag, während einige Kilometer von hier (Diebenhofen) das Minimum 26,40 Mark pro Woche beträgt, also um 6 Mk. höher ist. (Feiertage werden in Luxemburg obendrein in Abzug gebracht.) Angesichts der hier herrschenden teuren Lebensmittelpreise (Luxemburg ist im deutschen Zollvereine, infolgedessen haben wir unter dem Zollwucher ebenso zu leiden wie die Elsaß-Lothringer, da wir hart an den Grenzen von Frankreich und Belgien liegen) ist dieser Lohn zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Als nun im Herbst vorigen Jahres eine Druckerei Sehmachinen (fünf sind hier am Orte) aufschaffte, wodurch zwölf Kollegen konditionslos wurden (was sehr selten, fast nie der Fall ist), sank allen Kollegen der Mut nun vollständig. Anstatt nun dem Beispiele unserer Brudervereinigungen zu folgen und einen neuen Tarif auszuarbeiten und durchzuführen, ist man froh und schämt sich glücklich, für höchstens 3,60 Mk. pro Tag arbeiten zu dürfen. Die Hauptursache, daß nichts geschieht zur Verbesserung unserer Lage, ist die Interesselosigkeit vieler Mitglieder im Vereine, da die meisten unsern Verein, der doch laut § 1 auch ein Kampfbund sein soll, nur als Unterstützungsverein (in Krankheitsfällen und in letzter Zeit auch bei Arbeitslosigkeit) ansehen. Jeder offene gesellschaftliche Verkehr geht den hiesigen Kollegen vollständig ab. Ein kleines Beispiel, das genug sagt, sei hier noch angeführt: Eine hiesige Firma gewährt ihrem Personale Ferien. Aber nicht ein einziger machte Gebrauch von dieser Vergünstigung, da jeder fürchtete, bei späterer Einführung von Sehmachinen als erster aufs Pflaster zu fliegen! Hoffentlich wird diese kleine Anregung genügen, die hiesige Kollegschaft aus ihrem jahrelangen Dabrubrüten aufzurütteln. Auch wir können leider mit Recht ausrufen wie jener Brüsseler Kollege (Nr. 44 des „Korr.“): Wie viel haben wir noch zu tun, um auf der Höhe der deutschen Buchdrucker zu sein!

Stuttgart. Wohl wenigen Kollegen in unserm Vereine ist es vergönnt, bei voller Körper- und Geistesfrische auf eine fünfzigjährige Berufstätigkeit und vierzigjährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken zu können, wie das beim Kollegen Adolf Höger am 1. des Monatsmonates der Fall war. Aus diesem Anlasse veranstalteten die Kollegen der Firma Glaser & Sulz, bei welcher der Jubilar seit 14 Jahren konditioniert, eine solenne Feier. Am Morgen des 1. Mai wurde der Jubilar vor seinem dekorierten Arbeitsplatz begrüßt, wobei ihm von seiten des Prinzipals ein prächtiges Blumenbukett nebst ansehnlichem Geldgeschenke überreicht wurde. Die eigentliche öffentliche Feier fand am 5. Mai abends im Festsale des „Gewerkschaftshauses“ statt, wo sich eine stattliche Anzahl von Kollegen einfand. Der Gutenbergsverein, welchem der Jubilar seit dessen Gründung angehört, hatte den gesanglichen Teil übernommen und eröffnete die Feier mit dem Liede: „Das ist der Tag des Herrn“. Nach einer kurzen Begrüßung durch ein Mitglied des Komitees wechselten Reden und Toast, Klavier- und Gesangsvorträge sowie humoristische Vorträge mehrerer Kollegen miteinander ab. Die Festsrede hielt Kollege Klein, welcher in sinnigen Worten den Lebenslauf des Jubilars schilderte und dem Wunsche Ausdruck verlieh, daß es diesem vergönnt sein möge, noch viele

Jahre ungetrübt im Kreise seiner Kollegen verweilen zu können. Zur Stille im Alter wurde dem Gefeierten von seinen Geschäftskollegen ein passendes Geschenk mit Widmung überreicht. In bewegten Worten dankte der Jubilar für alle diese Ehrungen.

Rundschau.

Ferien! Die Firma W. Grünrod in Hohenlimburg bewilligte ihrem Personale ohne Rücksicht auf die Geschäftsangehörigkeit einen dreitägigen Urlaub.

Wegen beharrlicher Gehorsamsverweigerung war ein Druckerleuge von einer Papierwarenfabrik in Köln ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen worden. Der Entlassene klagte nun auf Lohnentschädigung vor dem Gewerbegerichte. Die Firma wandte ein, daß der Kläger den Gehorsam beharrlich verweigert und sich unpassend gegenüber dem Inhaber der Firma benommen habe. Die sofortige Entlassung sei demnach zu Recht erfolgt. Wiederholt sei der Kläger aufgefordert worden, einen Hohenlimburger Bogen zu unterschreiben, aufzuführen; aber der Kläger habe geantwortet: „Wenn Sie mir das sagen, tue ich es noch lange nicht!“. Der Kläger gab dies zu, bemerkte aber, der Bogen sei nicht von seiner Maschine gefallen, sonst würde er ihn wieder aufgehoben haben. Das Gericht entschied: Es liegt keine Tatsache vor, die nach § 123 der Gewerbeordnung die sofortige Entlassung rechtfertigen würde. Der Kläger ist nicht verpflichtet, einen Bogen aufzuheben, den er nicht auf die Erde geworfen hat. Er hat sich daher auch weder einen Gehorsamsverweigerung, noch eine grobe Beleidigung zuschulden kommen lassen, die eine sofortige Entlassung rechtfertigen könnte. Der klagende Kollege darf nicht annehmen, daß er in jedem Falle mit seinem Unsprüche durchgekommen wäre; vor manchem Gewerbegerichte wohl hätte eine Abweisung stattgefunden. Wir sind die letzten, welche für einen Kasernenhofgehoram in den Druckereien zu haben sind, aber dieser Vorgang trägt wohl doch zu sehr den Stempel der Kleinlichkeit an sich. In diesem Sinne bewegte sich auch das Urteil über diesen Prozeß in der letzten Versammlung des Kölner Maschinenmeistervereins.

Westräfer Uebermut! Unter dieser Stichmarke lesen wir in der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Notiz: „Im Brühl wollte in der Nacht zum Sonntag ein Buchdrucker aus Uebermut mit mehreren anderen Personen ein Automobil aufhalten, wobei er aber erfaßt und zu Boden geworfen wurde. Der Mann mußte seinen Uebermut mit mehreren erheblichen Quetschungen und einem Bruche des Nasenbeins büßen“. Man hat ja schon manche Verächtliche vernommen oder erlebt, deren Buchdrucker zum Erstaunen normal veranlagter Menschen fähig waren. Ob dieses Streicheß bleibt einem aber denn doch der Verdacht stehen. Haben denn Buchdrucker wirklich nichts Besseres zu tun, als sich ihre Dentenschädel über Nasenbeine an Automobilen einzurennen?

Wegen Verleumdung eines Gewerkschaftsfunktionärs wurde der Redakteur des Anarchistenblattes „Der freie Arbeiter“ in Berlin zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Kassierer der Zahlstelle Köln des Bauhilfsarbeiterverbandes war beschuldigt worden, einen wandernden Arbeiter der Polizei überliefern und die Kasse durch Veruntreuungen von Geldern geschädigt zu haben.

Ein Gewerkschaftssekretär wird vom Gewerkschaftsamt in Mannheim verlangt. Es wird rechnerische Befähigung und eine solche Kenntnis in der Sozialgesetzgebung verlangt, die zur Vertretung des Arbeitersetzungs befähigt. Bewerbungen sind bis zum 21. Mai mit einem Ausweise über die seitiger Tätigkeit sowie einem Auftrage über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs an Josef Pflieger in Mannheim, Riebfeldstraße 4a, II, zu senden.

Ein Opfer der Breslauer Polizeifäbellei ist der noch nicht 21 Jahre alte Arbeiter Baum geworden, der vor einigen Tagen an den erhaltenen schweren Verletzungen des Kopfes verstarb. Wie wir mitteilten, hob der Breslauer Polizeipräsident in seinem aufsehenerregenden Danke an die Schutzmannschaft deren „besonnenes“ Verhalten mit besonderem Nachdruck hervor. Allgemein herrscht jedoch die gegenteilige Ansicht, und nachdem nun gar noch ein Toter das Konto der Breslauer Polizei vom 19. April belastet, kann sich die Erbitterung, wie sie in der Masse des Volkes gegen die Breslauer Polizeiatende herrscht, nur noch verschärfen. Daß die Ermittlungen, wer der Sabelheld ist, welcher dem Arbeiter Bielefeld die Hand abschlug, zu keinem Resultate führen wollen, ist ja auch recht bezeichnend. Es ist einfach nicht zu verstehen, daß dieser Mitterich in Schutzmannsuniform nicht festzustellen sein sollte.

Eine Episode aus dem traurigen Dasein einer Heimarbeitersfamilie spielte sich unlängst vor dem Schöffengerichte I in Berlin ab. Ein Schneider war genötigt, sich mit seiner Familie durch Heimarbeit durchs Leben zu schlagen. Er arbeitete für einen Zwischenmeister, der seine Aufträge wieder von großen Firmen erhielt. Für das Nähen eines kompletten Weinkleides wurde der Zimmerpreis von 15 Pf. bezahlt. Eines Tages lieferte die Tochter des Schneiders drei fertige Weinkleider ab und wollte den „Lohn“ von baren 45 Pf. gleich in Empfang nehmen. Die Zahlung des Betrages wurde verweigert mit der Begründung, die Weinkleider wären nicht richtig gemacht. Der Schneider sollte sich in die Werkstatt des Zwischenmeisters begeben und dort die Weinkleider umändern, und zwar auch noch für die 15 Pf. Arbeitslohn. Im Anschlusse hieran kam es zu Auseinandersetzungen. Die drei (wegen gemeinschaftlichen

Hausfriedensbruchs und Körperverletzung angeklagten) Familienmitglieder erschienen nachmittags und erlangten die Auszahlung der sauer verdienten 45 Pf. Es kam zu einem Streite und einer Schlägerei, die zu der vorliegenden Anklage führte. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten nur des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs für überführt und beantragte, auf die niedrigste zulässige Strafe von je einer Woche Gefängnis zu erkennen. Der Verteidiger beantragte, die Angeklagten im Falle einer Verurteilung dann auch wegen Körperverletzung zu verurteilen. Der Grund zu diesem sonderbar erscheinenden Antrage liegt darin, daß bei gemeinschaftlichem Hausfriedensbruche die Mindeststrafe eine Woche Gefängnis beträgt, während bei dem Körperverletzungsparagraphen bei mildernden Umständen eine Geldstrafe zulässig ist. Nach der Vorschriften des Strafgesetzes muß jedoch derjenige Paragraph in Anwendung gebracht werden, der die höhere Strafe androht, wenn zwei Vergehen in ideeller Konkurrenz stehen. Der Zweitschloß kam auch zu einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung. Das Urteil lautete demgemäß auf Geldstrafen von 10 bzw. 5 Mk., während im Falle einer Verurteilung nur wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf eine Gefängnisstrafe hätte erkannt werden müssen.

Ein Schandmal für die englische Arbeiterschaft ist die in voriger Nummer schon kurz angebeutete Streikbrecherei von Engländern im Hamburger Hafen. Von 3800 Streikbrechern im ganzen waren nicht weniger als 3000 Mann von England gekommen, um deutschen Arbeitern in den Rücken zu fallen. Ein solcher Sohn auf die Internationale Solidarität der Arbeiterklasse ist wohl noch nicht dagewesen. Der Rest von 800 Streikbrechern bestand nur zum kleinsten Teile aus deutschen Arbeitern.

Die Personalfahrtsteuer soll bereits am 1. Juli d. J. zur Einführung kommen. Die Regierung will also schon die diesjährige Reiseperiode ausbeuten. Einmal, man braucht Geld, viel Geld für den Reichsäckel; die „gräßliche Flotte“ verschlingt ja Unsummen. Und zum andern: Da die Kommission den Ertrag der Steuer von 13 auf 47 1/2 Millionen erhöht hat und diese den Verkehr in spanische Stiefel einschneidende Steuer gar auf Dampfzügen- und Straßenbahnarten ausgedehnt werden soll, so kann man es vom steuerfiskalischen Standpunkte aus ja begreiflich finden, wenn die Zeit der Ernte so bald als möglich beginnen soll. Diese Steuer trägt einen absolut verkehrsfeindlichen Charakter an sich. Selbst ein Mann wie Graf Karitz, der im allgemeinen wohl nicht in dem Verachte steht, ein besonderer Förderer des Fortschrittes zu sein, mußte erklären, die Besteuerung des Verkehrs wäre ihm unsympathisch. Daß die vierte Klasse von der Besteuerung ausgenommen wurde, ist, wie Abg. Lipinski zutreffend bemerkte, lediglich eine Dekoration. Ist doch ein großer Teil der ärmern Bevölkerung oft genug gezwungen — namentlich in dem heißen Süden, wo man an Sonntagen nicht „vierten Dampf“ fahren kann — die dritte Wagenklasse zu benutzen. Die Nationalliberalen haben bei diesem Gesetze den Kußhandel zwischen Regierung und den Mehrheitsparteien besorgt. Der Kompromißantrag des Abg. Becker (Nat.), wonach die Fahrkartenabgabe in der dritten Klasse nach dem Preise der Fahrkarte steigen soll von 5 bis 200 Pf., in der zweiten von 10 bis 400 Pf., in der ersten von 20 bis 800 Pf., und Fahrkarten bis zum Betrage von 60 Pf. von der Steuer frei bleiben sollen, wurde mit 157 gegen 128 Stimmen angenommen. Da Zeichen und Wunder in unserer aufgeklärten Zeit ja nicht mehr gesehen, so ist leider damit zu rechnen, daß die Fahrkartensteuer in dieser rigorosen Form Gesetz wird.

Die unglückliche Quittungssteuer wurde hingegen ohne nochmalige Beratung vom Plenum begraben.

Bei Geschehen dieser Nummer dürfte die Entscheidung über die Diätenvorlage im Reichstage schon gefallen sein, d. h. sie ist zur Annahme gelangt. Nachdem ihr schon die Kommission den schärfsten Giftzahn ausgezogen, nämlich die Herabsetzung der Beschäftigtenziffer abgelehnt und die Regierung betriebs der Freifahrt der Abgeordneten auf allen deutschen Eisenbahnen Erweiterungen zugestanden hatte, zeigte man sich der Vorlage freundlicher gestimmt, auch auf Seiten der Sozialdemokratie. Posadowsky bekam von den Konservativen jedoch einen gehörigen Nasenflüßer wegen seines vermeintlichen Zurückweichens vor der Sozialdemokratie in Sachen der Beschäftigtenziffer. Der Graf im Barte blieb seinerseits den dockeintenden Konservativen jedoch die Antwort nicht schuldig. Die Kontrolle der Anwesenheit durch eine Präsenzliste und die Verpflichtung zur Teilnahme an sämtlichen namentlichen Abstimmungen konnte aber nicht die von der Linken geforderte Verringerung erfahren, die Strafe für Schwänzen des Reichstages wurde indes von 30 auf 20 Mk. herabgesetzt. Der reiche Laurahüttenmann Kardorf ist jedoch trotzdem noch unentwegter Gegner der so selbstverständlichen und doch so lange vergeblich geforderten Entschädigung für die den Reichstagsabgeordneten erwachsenden Aufwendungen. Uebrigens hat sich der sonst doch gewiß vernünftig und recht vorständig übernde Staatssekretär des Innern bei den Kommissionsberatungen selbst desavouiert. Er sagte nämlich bei einer Gelegenheit: „Die Aufgaben eines modernen Staates werden immer größer. Die Anforderungen, die an die Gesetzgebung gestellt werden, nehmen naturgemäß zu. Meines Erachtens kann ein moderner Staat nicht mehr regiert werden ohne ein Parlament, dem intelligente Männer angehören und in dem alle Strömungen, die sich im Staatsleben bemerklich machen, vertreten sind“. Das ist eine glatte Absage an das Dreiklassen-

wahlssystem, dessen schlimmster Auswuchs in Preußen mit anzutreffen ist. Und der Aufrechterhaltung dieses Zustandes hat vor etwa einem Vierteljahr Graf Posadowsky im Reichstage selbst das Wort geredet!

Das Erbschaftsteuergesetz ist ebenfalls gestrichelt. Das Zentrum, die regierende Partei im Reich, verhält sich gleich den anderen ausschlaggebenden parlamentarischen Gruppen nach wie vor ablehnend gegen eine Reichseinkommensteuer sowie gegen eine progressive Erbschaftsteuer; damit ist das Schicksal der von der linken Seite des Hauses gestellten Abänderungsanträge besiegelt. Die Steuerprivilegien der Landesfürsten wie auch die kirchlichen Regate sollen selbst in den Zeiten der höchsten Reichsfinanznöten steuerfrei bleiben. Auch der Reichsfinanzreform mit ihren wunderlieblichen neuen Steuern haftet also der Charakter der Ausnahmemaßnahme an, wie so ziemlich allem, was aus der deutschen Gesetzgebungsmaschine hervorgeht.

Das Bier wird teurer! Die Verehrer des edlen Gerstenjaßes können Klageklagen antimmen, ihre Gewänder zerreißen und ihre leuchtenden Schüssel mit Waße bestreuen: das „flüssige Brot“, das in den letzten Wochen im Reichstage zu so manchem Wize herhalten mußte, wird nach dem Resultate der zweiten Lesung des neuen Brauereigesetzes bestimmt eine Preiserhöhung erfahren. Die Brauereibesitzer in Köln, Berlin, Leipzig, Chemnitz, Vogtland und Württemberg haben bereits einen Ausschlag bis zu 2 1/2 Mk. pro Hektoliter beschlossen mit Wirksamkeit vom Tage des Inkrafttretens des Brauereigesetzes an. Der Ausschuß des deutschen Gastwirtsverbandes hat ebenfalls schon eine Erklärung abgegeben, daß die Wirte die Mehrbelastung durch die Brauereierhöhung auf alle Fälle auf die Konsumenten abwälzen werden. Die naive Ansicht des preussischen Finanzministers, der mit seiner Meinung fast immer an den wirklichen Verhältnissen vorbeitritt, und die ebenso unerfahren urteilenden Leute, die Brauereien sowie die Gastwirte würden die neue Brauereierhöhung tragen, hat mithin gar bald die blüdigste Widerlegung gefunden. Was nun? — Streifen gegen die Erhöhung der Bierpreise, wie es erfolgreich die Bonner Studenten getan (vergl. vorige Nummer), das Maul halten und mehr bezahlen, oder einen Glaubensschwefel vornehmen und nur auf das Wasser als die Quelle der Kraft sehn? Ein schweres Dilemma für alle durstigen Seelen!

Die russische Duma, die nunmehr ihre Pforten den Erwählten eines Teiles des russischen Volkes geöffnet hat — die sozialdemokratischen resp. sozialistischen Gruppen opponierten gegen die Verwirklichung der Scheinvolksvertretung im letzten Augenblicke nochmals durch verschiedene lokale Generalstreiks — hallt von dem Verlangen nach einer Amnestie für politische Vergehen wieder, wovon in der sogenannten Thronrede kein Wort zu vernehmen war. Nicht weniger als 50000 politische Gefangene sollen in den Kerker schmachten. 500 Menschen sind seit Mitte Oktober dem Genet überliefert worden. Die Zahl der in diesem Zeitraum unterdrückten Zeitungen dürfte mit 180 eher zu niedrig als zu hoch beziffert sein, wodurch die so vielfach „verbesserte“ russische Pressefreiheit gewiß eine nette Illustration erfährt. So verständlich und gerechtfertigt darum auch das stürmische Verlangen der Dumaabtreter nach einer allgemeinen Amnestierung ist, so begrifflich muß es auch nach diesen schrecklichen Spuren der Reaktion sein, daß Bombe, Revolver und Dolch sowie Waffenfreits andererseits ihre Rolle in Rußland noch nicht ausgespielt haben. Der Schreckensmensch Durnovo, der auch so manchen gewerkschaftlichen Sproß mit brutaler Hand vernichtete, ist zwar gegangen worden und mit ihm der Meister der Doppelzüngigkeit, Graf Witte, aber diese Gewalttäter sind in Rußland nie in nur einer Ausgäbe vorhanden. Günstig stehen aber die Aktien der Regierung auf keinen Fall, sind doch von den 593 Mitgliedern der Duma etwa nur 4 Proz. als Regierungsanhänger zu betrachten. Ein Fall, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat, wie ja so manches nicht von den russischen Verhältnissen.

Der schwedische Gesetzentwurf über die Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten ist von beiden Kammern des Reichstages angenommen worden. Es werden sechs Beamte angestellt werden, die für je einen Landesbevollmächtigten auszuüben haben.

Das allgemeine Wahlrecht nach dem Proportionalssystem nahm unter gleichzeitiger Verwerfung der Regierungsvorlage der schwedische Reichstag mit 126 gegen 18 Stimmen an.

Verminderung der Schweineschlachtungen um 400 000 Stück in einem Vierteljahr, diese kaum glaubliche Meldung ist für das Königreich Preußen pro erstes Quartal 1906 unbestreitbare Tatsache. Es sind nach amtlichen Feststellungen genau 397 939 Schweine im ersten Vierteljahr 1906 weniger zur Schlachtung gekommen als im gleichen Zeitraum 1905; wobei noch zu berücksichtigen, daß in Preußen durch die teilweise Aufhebung des Fleischbeschaugesetzes die Schlachtvieh- und Fleischschau auf dem Lande nicht obligatorisch ist. Die Küberbeschlächtungen haben sich auch um 68 000 vermindert. Zugunommen haben hingegen die Schlachtungen von Ochsen, Bullen und Kühen um 7300, von Schafen um 25 700, von Pferden um 4200, von Gunden um 60. Angefichts dieses enormen Rückganges der Schlachtungen dürfte dies in der letzten Nummer ausgesprochene Meinung bekräftigen, daß die gegenwärtige Reduktion der Viehpreise auf andere Ursachen zurückzuführen ist als auf eine Verringerung der Vieh- bzw. Fleischnot. Die Viehpreise werden wohl bald wieder die seit dem vorjährigen Sommer genossene schwindelnde Höhe erreichen. Trotz

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 57.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 17. Mai 1906.

Inserate kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

dem versteht es sich von selbst, daß die Detailpreise auch einem nur kurzen Rückgang der Engrosnotierungen anzuweisen sind, denn dem Fleißern eine Extrabene zu gestatten, wäre komplette Torheit der Konjumentenmasse.

Die Stein drucker und Lithographen streiten gegenwärtig vollständig oder teilweise in Breslau, Chemnitz, Kiel, Leipzig, Saalfeld, Hannover, Berlin; in Bremen, Braunschweig und Stuttgart wurden sie ausgeperrt. In Lübeck, Mannheim, Karlsruhe kam es ohne Streit zur Anerkennung der Forderungen. — Die Bergleute in Mitteldeutschland setzen ihren Zustand fort, es ist in den letzten Tagen eher noch zu einer weiteren Ausdehnung des Streiks gekommen. — Der Streik der Berliner Schlosser ist schon wieder beendet, es kam ein vierjähriger Tarifvertrag zustande.

In Paris befinden sich jetzt rund 150000 Arbeiter im Auslande. Die Provinz läßt eine langsamere sich entwickelnde Streikbeteiligung erkennen.

Briefkasten.

M. J. in Berlin: Wird aufgenommen, aber den Schlußpassus wollen wir lieber weglassen — um des Friedens willen. — D. Tsch. in Mannheim: Für später zurückgelegt. — D. B. in Spandau: Die Veröffentlichung der Resolution wird abgelehnt. — R. in Solingen: In nächster Nummer. — R. in Heidelberg: Wegen unvorschriftsmäßigen Formates nicht befördert worden. „Stimme“ erhalten. Die Angelegenheit hat an anderer Stelle ihre Erlebigung gefunden. — J. Th. in S.: Fragen Sie bei dem Verbandsvorstande der Sattler an: Peter Blum, Berlin SO, Ubalbertstraße 56. Es ist unglücklich, was man alles von uns wissen will. — J. Bl. in Berlin: 3,75 Mk. — Löwte-Berlin: 5,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bezirk Rottbus. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem auf der Reise befindlichen Sezer Gustav Adolf Schmidt aus Uttersdorf i. S. die Spth.-Nr. 15308 ins Verbandsbuch einzutragen, die irrtümlich eingetragene Nr. 55522 jedoch zu streichen.

Abresenveränderungen.

Witterfeld. Vorsitzender: Karl Krebs, Gasthof „Stadt Wien“; Kassierer: Gustav Günther, Neustra. 10.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Arnstadt 1. der Drucker Karl Rodtäschel, geb. in Arnstadt 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied; 2. der Metzger Oskar Rudwig, geb. in Arnstadt 1869, ausgel. das. 1887; war schon Mitglied; 3. der Sezer Wilh. Büllner, geb. in Liebenstein 1887, ausgel. in Gräfenroda 1905; war noch nicht Mitglied. — S. Stange in Erfurt, Molltstraße 20.

In Bonn der Drucker Wilhelm Jonas, geb. in Kirchheim b. Guskirchen 1889, ausgel. in Bonn 1906; war noch nicht Mitglied. — In Boppard a. Rh. der Drucker Bernhard Schulte, geb. in Werl (Westf.) 1888, ausgel. in Minnereifel 1905; war noch nicht Mitglied. — In Braubach a. Rh. der Sezer Paul Max Sauer, geb. in Merxhaug b. Leizig 1887, ausgel. in Witterfeld 1906; war noch nicht Mitglied. — In Kochem a. d. W. der Sezer Jakob Dahm, geb. in Wachen 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Koblenz der Sezer Johann Kademacher, geb. in Koblenz 1856, ausgel. das. 1874; war schon Mitglied. — In Weiden a. b. Siegen der Sezer Heinz Kraft, geb. in Allna (Kreis Marburg) 1888, ausgel. in Kirchheim (Bezirk Rassel) 1906; war noch nicht Mitglied. — In Wittingen a. d. W. der Sezer Karl Reusch, geb. in Gungenhausen (Wagern) 1885, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Th. Balbus in Bonn W., Burggartenstraße 14.

In Elsfleth der Sezer Fritz Rückmann, geb. in Hameln 1887, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — In Wilhelmshaven 1. der Sezer Max Fabig, geb. in Berlin 1875, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied; 2. der Drucker Otto Kalisch, geb. in Belfort (Obdenburg) 1886, ausgel. in Wilhelmshaven 1905; war noch nicht Mitglied. — J. Roth in Oldenburg, Bodstraße 13.

Arbeitslosenunterstützung.

Saubere Verwaltung. Da es häufiger vorgekommen, daß längere Zeit außer Arbeit befindliche reisende Kollegen von den Polizeibehörden unter dem Verdachte der Landstreicherei verhaftet worden sind, trotzdem sie im Bezuge der Reiseunterstützung des Verbandes standen, sich hierüber aber nicht durch Vorlegung des Quittungsbuches

und der Reiselegitimation ausweisen konnten und infolgedessen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, eruchen wir die reisenden Kollegen in ihrem eignen Interesse:

1. Die Ausweis-papiere (Verbandsquittungsbuch und Reiselegitimation) sowie die „Beschlüsse“ immer bei sich zu führen;
2. im Falle sie von einem Polizeibeamten angehalten werden, sind die vorgenannten Ausweis-papiere dem Beamten vorzulegen und speziell auf den § 1 der „Beschlüsse“ über Reiseunterstützung hinzuweisen mit dem Bemerkten, daß sie täglich eine Unterstützung von 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. erhalten und sich auf der Reise befinden, um Arbeit in ihrem Fache zu suchen; ferner ist auf den § 11 der „Beschlüsse“ aufmerksam zu machen, wonach sie an allen Druckorten befindlichen Funktionäre des Verbandes strenge Kontrolle darüber auszuüben haben, daß die Reisenden auch jede vorhandene bzw. angebotene Kondition annehmen, andernfalls denselben die Verbandsunterstützung entzogen wird; wenn also bereits eine längere Konditionslosigkeit vorliege, so sei dies nicht durch Arbeitsunlust, sondern durch die schlechte Geschäftslage im Buchdruckberufe veranlaßt;
3. wird trotzdem Inhaftnahme verfügt, so ist sofort der nächste Orts- oder Bezirksvorsteher bzw. Reisekassenverwalter von dem Tatbestande in Kenntnis zu setzen und um Reklamation zu eruchen, ferner ist bei dem die Unterstützung führenden Beamten unter Hinweis auf Quittungsbuch, Reiselegitimation und „Beschlüsse“ Protest gegen die Inhaftnahme zu erheben und sofortige Freilassung zu verlangen, da ein arbeitstuchender Reisender mit täglicher Unterstützung von 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. nicht als „substituierbarer Landstreicher“ im Sinne des Gesetzes betrachtet werden kann. — Hat ein Protest Erfolg, so ist dem zur Intervention angerufenen Funktionär hiervon unverzüglich Nachricht zu geben.
4. Nichtbezugsberechtigte und ausgefeuerte Reisende haben bei polizeilichen Befragungen das Quittungsbuch und die in ihren Händen befindliche Karte — worin bescheinigt wird, daß sie in allen Druckstädten Unterstützung erhalten — vorzulegen mit dem Hinweis, daß sie unter steter Kontrolle der Verbandsfunktionäre stehen, welche ihnen diese Karte sowie das Quittungsbuch sofort abzunehmen verpflichtet sind, falls sie Arbeitsunlust zeigen und eine angebotene Kondition nicht annehmen würden.

Bei der Inhaftnahme von Mitgliedern, welche das Quittungsbuch oder die Reiselegitimation verfehlt haben resp. welche beim „Rechten“ betroffen und dieserhalb verhaftet worden sind, findet eine Reklamation der Verbandsfunktionäre nicht statt.

— Die Herren Bevwalter wollen dem Sezer Karl Köber (Spth.-Nr. 56178, Gau an der Saale 2951) das Quittungsbuch abnehmen und nach hier einsenden.

— Bericht vom Monate März 1906.

a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 72 Mitglieder, aus Kondition kamen 116 (hiervon waren 50 noch zum Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 34 (15 Verbands- und 19 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Oesterreich 10 Verb.- und 12 gegens. Mitgl., aus Dänemark 2 gegens. Mitgl., aus der Schweiz 1 Verb.- und 2 gegens. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 4 Verb.- und 1 gegens. Mitgl., aus Rußland 2 gegens. Mitgl.), aus konditionslosen Aufenthalt kamen 37 (hiervon bezogen 30 Mitglieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 9 bis zu 10 Tagen, 8 bis zu 20 Tagen, 4 bis zu 30 Tagen, je 2 bis zu 40 und 50 Tagen, 4 bis zu 70 Tagen, und je 1 Mitglied 80 und 111 Tage), frank waren 15, zusammen 274 Mitglieder (223 Verbands- und 51 gegenseitige Mitglieder, hierunter 23 Oesterreicher, 13 Ungarn, 2 Dänen, 3 Schweizer, 5 Elsaß-Lothringer, 3 Schweden, 1 Belgier, und 1 Serbe). Von diesen auf der Reise befindlichen 274 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 2 unter 6 Beitr., 11 6—12 Beitr., 85 13—49 Beitr., 35 50—74 Beitr., 31 75—99 Beitr., 23 100—149 Beitr., 71 150—499 Beitr., 14 500—749 Beitr. und 2 Mitglieder über 750 Beiträge. Es traten wieder in Kondition 150 Mitglieder, gingen am Schluß des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 35 (22 Verbands- und 13 gegenseitige Mitglieder, und zwar nach Oesterreich 13 Verb.- und 7 gegens. Mitgl., nach Dänemark 1 Verb.-Mitgl., nach der Schweiz 1 Verb.- und 2 gegens. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 4 Verb.- und 1 gegens. Mitgl., nach Frankreich 1 Verb.- und 1 gegens. Mitgl., nach Nordamerika 2 gegens. Mitgl., nach Südamerika 1 Verb.-Mitgl. und nach Deutsch-Südwest-Afrika 1 Verb.-Mitgl.; bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 24 (davon traten 5 in den Bezuge der Ortsunterstützung), frank wurde 1, zum Militär einberufen 1, der Nachweis hörte auf bei 1, auf der

Reise verblieben 62, zusammen 274 Mitglieder, und zwar 189 Sezer (erhielten 1692 Tage), 77 Drucker (erhielten 786 Tage) und 8 Gießer (erhielten 84 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reisekassenverwalter 15 Nichtbezugsberechtigte (darunter 2 Dr. und 1 G.) und 5 Ausgefeuerte (darunter 1 Dr. und 1 G.) auf der Reise. — Es wurden vorausgabt: In 142 Mitglieder für 1469 Reisetage (arime Reg.) à 1 Mk. = 1469 Mk., an 132 Mitglieder für 1093 Reisetage (weiße Reg.) à 1,25 Mk. = 1366,25 Mk., an Porto 14,71 Mk., an Remuneration 51,70 Mk., in Summa 2901,66 Mk., hiervon 2014,66 Mk. an Verbands- und 887 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 432 Mk. an Oesterreicher, 173 Mk. an Ungarn, 61 Mk. an Dänen, 54,75 Mk. an Schweizer, 68,25 Mk. an Elsaß-Lothringer, 45 Mk. an Schweden, 40 Mk. an Belgier und 23 Mk. an ein Mitglied des Serbischen Vereins. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1906 an 274 Mitgl. 2562 Tage = 2901,66 Mk.
1905 " 394 " 4369 " = 4836,65 "

weniger 1906 an 120 Mitgl. 1807 Tage = 1934,99 Mk.

b) Am Orte: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 191 Mitglieder, neu hinzugekommen 1046, zusammen 1237 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 167 Mitglieder, zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 209 Mitglieder, zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 751 Mitglieder, zu 210 Tagen à 1,50 Mk. 49 Mitglieder und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 61 Mitglieder. Es traten wieder in Kondition 997 Mitglieder, gingen auf die Reise 30, wurden krank 10, ausgefeuert 20, wovon 7 mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 8 mit 70 Tagen à 1,50 Mk. und 5 mit 140 Unterstützungstagen à 1,50 Mk., zu einem andern Bezufe ging 1, Unterstützung entzogen 2, ausgeschloffen 1, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schluß des Monats 176 Mitglieder (115 S., 51 Dr. und 10 G.), wovon 26 zum Bezuge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 33 bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 90 bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk., 12 bis zu 210 Tagen à 1,50 Mk. und 15 bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. berechtigt sind, zusammen 1237 Mitglieder, und zwar 1039 Sezer (erhielten 11185 Tage), 169 Drucker (erhielten 2209 Tage) und 29 Gießer (erhielten 350 Tage Unterstützung). — Diese 1237 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 102 (darunter München 61, Würzburg 10, Nürnberg 8, Augsburg 5), Berlin 440, Dresden 50 (Stadt Dresden 47), Erzgebirge-Bogtlanb 14 (darunter Chemnitz 5), Frankfurt-Hessen 12 (darunter Frankfurt a. M. 11), Hamburg-Altona 96, Hannover 31 (darunter Stadt Hannover 10, Braunschweig 7, Hildesheim und Dsnabrück je 5), Leipzig 75, Mecklenburg-Vibek 4, Mittelrhein 37 (darunter Mannheim 7, Darmstadt und Wiesbaden je 6, Ludwigshafen und Mainz je 4, Nordwest 22 (darunter Bremen 11, Oestemünde 7), Oberrhein 12 (darunter Freiburg und Karlsruhe je 4), Oder 28 (darunter Stettin 5, Rottbus und Potsdam je 3), Osterreich-Schirring 46 (darunter Erfurt und Jena je 9, Rangenfalza 8, Sonderhausen 4), Ostpreußen 4, Posen 2, Rheinland-Westfalen 107 (darunter Essen 13, Köln 11, Oberfeld 8, Bochum 6, Bielefeld, Düsseldorf, Gagen und Krefeld je 5), An der Saale 30 (darunter Magdeburg 14, Halle 6), Schlesien 47 (darunter Breslau 20, Görlitz 7), Schleswig-Holstein 20 (darunter Kiel 9, Flensburg 3), Westpreußen 3 und Württemberg 55 (darunter Stuttgart 45, Heilbronn 5). — Es wurden vorausgabt: An 167 Mitglieder für 1882 Tage à 1,25 Mk. = 2352,50 Mk. und an 1070 Mitglieder für 11862 Tage à 1,50 Mk. = 17793 Mk., in Summa 20145,50 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1906 an 1237 Mitgl. 13744 Tage = 20145,50 Mk.
1905 " 1248 " 15203 " = 22269,25 "

wenig. 1906 an 11 Mitgl. 1459 Tage = 2123,75 Mk. Die Ausgabe vom 20145,50 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 1533,75 Mk., Berlin 7168,50 Mk., Dresden 711 Mk., Erzgebirge-Bogtlanb 210,50 Mk., Frankfurt-Hessen 129 Mk., Hamburg-Altona 1691,75 Mk., Hannover 428,50 Mk., Leipzig 1075 Mk., Mecklenburg-Vibek 73,50 Mk., Mittelrhein 573,75 Mk., Nordwest 413,50 Mk., Oberrhein 138,75 Mk., Oder 499,25 Mk., Osterreich-Schirring 835 Mk., Ostpreußen 46,50 Mk., Posen 52,50 Mk., Rheinland-Westfalen 1895 Mk., An der Saale 872 Mk., Schlesien 766 Mk., Schleswig-Holstein 305,25 Mk., Westpreußen 33 Mk. und Württemberg 893,50 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Orte im Monate März:

1906 an 1511 Mitgl. 16306 Tage = 23047,16 Mk.
1905 " 1642 " 19572 " = 27105,90 "

wenig. 1906 an 131 Mitgl. 3266 Tage = 4058,74 Mk. ausgegahlt. Nach der Anzahl der Tage (16306) sind daher 526 Mitglieder (gegen 631 Mitglieder im Vorjahre)

